

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Belagerungslohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — **Telephon** für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 19693. — Verlag in Leipzig,
 Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4598**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
 Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Plan für die Räumung Oberschlesiens.

Dresden, 28. Juni. (L.-U.) Erst am 26. Juni wurde der Abschluß des Säuberungsabkommens erzielt und die Unterschriften geleistet. Am Montag sind die ersten Abbaubefehle an die Selbstschutzformationen gelangt. Das Abkommen sieht folgende Räumungsstufen vor: Am 28. Juni geben die Polen Gleiwitz und Hindenburg frei. Am 29. Juni räumt der Selbstschutz die von ihm besetzten Gebiete außer der Nordwest- und Südwestseite. Am 1. Juli ist Ruhetag. An den beiden folgenden Tagen räumen die Polen das Industriegebiet bis Beuthen einschließlich. Am 4. Juli ist wieder Ruhetag und am 5. Juli erfolgt beiderseitig der vollständige Rückzug bis über die Grenzen des Abstimmungsgebietes.

Die Alliierten und das oberschlesische Problem.

Ueber die Stellung der Alliierten zur oberschlesischen Frage werden täglich neue, voneinander stark abweichende und sich oft widersprechende Meldungen verbreitet. Heute seien die beiden folgenden über die angeblich veränderte Haltung Englands und Frankreichs wiedergegeben:

Haag, 28. Juni. (L.-U.) Nach Meldungen aus Paris mehren sich die Anzeichen dafür, daß England geneigt ist, in der oberschlesischen Frage nachzugeben und den Standpunkt zu verlassen, den Lloyd George in seiner Rede eingenommen hat. Es ist nur noch sehr wenig Zweifel daran möglich, daß die Storz-Dinle, die das Industrie-Dreieck durchschneidet, nun auch in England als die Basis der Einigung angesehen wird. Die Verhandlungen scheinen schon soweit gefördert zu sein, daß man nur noch mit einem Versuch zu rechnen hat, daß die Premieriers sich am 10. Juli treffen werden. Die letzte Entscheidung durch Lloyd George ist vermutlich noch nicht gefallen.

Basel, 28. Juni. (L.-U.) Die Baseler Nachrichten wollen aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß Frankreich seinen Standpunkt in der oberschlesischen Frage endgültig geändert habe. England bestrebe darauf, daß nur Plesch und Kynis an Polen fallen und daß das ganze übrige Industriegebiet bei Deutschland zu belassen sei. Frankreich habe nachgegeben und Storz's Vorschlag sei dadurch erledigt.

Verfassungskonflikt in Bayern.

München, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Im bayrischen Landtag kam es gestern in der Sitzung des Verfassungsausschusses zu einem Verfassungskonflikt. Der Ausschuss hatte eine von der Regierung vorgelegte Verordnung über Schulpflege, Schulaufsicht und Schulleitung zu beraten. In dieser Regierungsverordnung wird der Versuch gemacht, den größten Teil der auf schulpflichtigem Gebiet seit dem November 1918 erzwungenen Fortschritte wieder rückgängig zu machen und die Regierung die mit Recht vermuten konnte, daß diese Verordnung im Landtag auf scharfen Widerstand stoße, hat sich deshalb auf den Standpunkt gestellt, daß diese Verordnung vom Landtag nicht beschlußfähig, mit bindender Kraft erledigt werden könne, sondern der Landtag ohne dazu nur seine Meinung äußern und an die Regierung weiterleiten, die sich dann ihrerseits vorbehalten müsse, die Wünsche des Landtages nach Gutdünken zu berücksichtigen. Sämtliche Parteien, mit Ausnahme der bayerischen Volkspartei, traten dieser Auffassung der Regierung entgegen und forderten gemäß § 46 der bayrischen Verfassung, daß der Landtag diese Verordnung zu beraten habe und daß die Beschlüsse des Landtages für die Regierung von bindender Kraft seien. In der Abstimmung über den diesbezüglich gestellten Antrag stimmten die Koalitionsparteien mit Ausnahme der bayerischen Volkspartei, und die sozialistischen Parteien gegen die Auffassung der bayrischen Regierung, die bayerische Volkspartei enthielt sich der Abstimmung. Die Frage wird nun noch im Plenum des Landtages zu behandeln sein und dort dürfte sich aller Voraussicht nach dasselbe Abstimmungsergebnis ergeben. Damit ist der Verfassungskonflikt in Bayern gegeben, weil es sich hier um die juristische Auslegung des Artikels 46 der bayrischen Verfassung handelt, und die Regierung für ihre Auffassung keine Mehrheit im Landtag findet.

Die Ausschussberatungen haben gezeigt, daß die Versuche, die schwarze Kulturreaktion wieder zum vollen Siege zu führen, selbst in Bayern auf scharfen Widerstand stoßen.

Rücktritt des Ministeriums Giolitti.

Rom, 28. Juni. (L.-U.) Die erste Abstimmung der italienischen Kammer, die nur eine geringfügige Mehrheit für das Kabinett Giolitti ergeben hat, ließ bereits die bevorstehende Demission des Kabinetts ahnen. Die Regierung hatte bei der letzten Debatte gleichzeitig die Nationalisten, die Faschisten und die Sozialisten gegen sich. Sie konnte nur noch auf die Unterstützung der Demokraten rechnen, und auch diese bekämpften die auswärtige Politik des Kabinetts Giolitti. Dieser berief Montagvormittag eine gemeinsame Ministerratssitzung ein und begab sich dann zum König, um die Demission des gesamten Kabinetts zu übergeben. — Giolitti hatte die Regierung am 6. Juni 1920 als Nachfolger Nittis übernommen.

Ueber die vorhergegangene Abstimmung wird gemeldet:

Rom, 27. Juni. In der Kammer brachten nach Abschluß der Debatte über die Antwort auf die Thronrede Turati und Genossen folgende Tagesordnung ein: Die Kammer erklärt sich entschieden als Gegner des Programms und der Haltung der Regierung sowohl in der Außenpolitik wie in der Innenpolitik, in der Wirtschaft- und Sozialpolitik und geht damit zur Tagesordnung über. Giolitti lehnte diese Tagesordnung ab. Ihr erster Teil bis einschließlich der Worte „in der Außenpolitik“ wurde mit 234 gegen 200 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen abgelehnt, der zweite Teil wurde mit großer Mehrheit durch Handaufheben abgelehnt.

Es ist belanglos, daß Giolitti über die Politik seines Außenministers Storza gestopert ist; in Wirklichkeit ist sein Fall ein Symptom der Krise des Kapitalismus in Italien, die dieses Land in einen schweren chronischen Bürgerkrieg gestürzt hat. Wenn einer, war Giolitti, der Kuzerorene des Bürgerturns, dazu imstande, durch kluges Lanieren die Faschisten, die Leibgarde der Bourgeoisie, die ihnen immer mehr über den Kopf zu wachsen drohte, zu umschmeicheln und im Zaume zu halten. Daß es auch ihm nicht gelungen ist, daß er dem vereinigten Ansturm von rechts und links unterlegen ist, ist ein Anzeichen dafür, daß die Bourgeoisie die Gelster, die sie rief, nicht mehr los wird, daß die Wodwaffen und Brandfackeln der Faschisten das bürgerlich-parlamentarische Regime über den Haufen zu werfen drohen. Ueber diesen inneren Zusammenbruch des Parlamentarismus wird auch eine mühsam gefundene Lösung der Kabinettsfrage nicht hinweghelfen können.

Ueber die Aussichten bzw. die Aussichtslosigkeit einer solchen Lösung berichtet unser Berliner Korrespondent:

Berlin, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der ungünstigen Abstimmung, die dem Kabinett Giolitti nur 34 Stimmen Mehrheit für die Außenpolitik brachte, ist sehr schnell der Rücktritt des Kabinetts erfolgt. In Kammerkreisen vermutet man selbstverständlich die verschiedensten Kabinette. Selbst über den Nachfolger, den Giolitti dem König vorgeschlagen hat, kursieren verschiedene Gerüchte. Der Korrespondent des Berliner Tageblattes behauptet, auch Orlando sei als Nachfolger für Giolitti vorgeschlagen, doch sei es ungewiß, ob er annehmen werde. Dagegen bezeichnet der Korrespondent der Bosphorus Zeitung Bonomi als denjenigen, den Giolitti als geeigneten Kandidaten für die Kabinettsbildung vorgeschlagen habe. Sonst wird eigentlich nur Domenico als aussichtsreicher Kandidat genannt. Sein Kabinett würde aber wahrscheinlich nur von kurzer Dauer sein, da es keine ausgesprochene politische Färbung hätte.

Der Korrespondent des Berliner Tageblattes erwähnt die Aussichten eines Kabinetts Nitti. Er erklärt es angesichts der allmächtigen Faschisten vorerst für undenkbar. Am Nittis Rückkehr zu ermöglichen, müßten erst die Faschisten von den Sozialisten niedergelämpft sein. Der Korrespondent bezweifelt aber, daß dieser Faschismus, der annähernd 200 000 Anhänger besitzt, so stark sei, daß die Behörden gegen ihn nichts ausrichten könnten. Ein Kabinett Nitti würde aber von den Faschisten niemals geduldet und mit allen Mitteln ohne Ausnahme bekämpft werden. Die Rückkehr Giolittis scheint demnach noch immer nicht ganz ausgeschlossen zu sein.

Vor dem Ende des englischen Bergarbeiterstreiks?

London, 27. Juni. (Reuter.) Die Konferenz der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiter verlagte sich um 8.30 Uhr. Die Delegierten werden um 10 Uhr zu Besprechungen über die Regierungssubvention mit Lloyd George zusammentreffen. Von zuständiger Stelle wird erklärt, daß hinsichtlich des Uebereinkommens mit der Regierung über eine Subvention in Uebereinkommen erzielt wurde, demzufolge die Arbeit am 1. Juli wieder aufgenommen werden solle.

Zwei später eingelaufene Meldungen lauten:

London, 27. Juni. (Reuter.) Die heute abend abgehaltene Konferenz zeigte, daß die Bergwerksbesitzer und die Bergarbeiter sich über die Löhne während der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs, sowie über das Verhältnis zwischen Gewinn und Löhnen, wenn ein wirtschaftlicher Wiederaufschwung erfolgt, geeinigt haben. Das Abkommen soll bis zum Dezember 1922 gelten. Wenn die Regierung eine Beisteuer gewährt, werden die Führer den Bergarbeitern die Annahme des Abkommens empfehlen. Die Lage ist noch ungewiß, da die Führer die Wiederaufnahme der Arbeit nicht anordnen können, bevor sie sich nicht mit den Bergarbeitern besprochen haben.

London, 27. Juni. (Reuter.) Die Konferenz der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiter mit Lloyd George, die um 10 Uhr abends zusammgetreten war, verlagte sich um Mitternacht, da keine Vereinbarung über die Beisteuer der Regierung zu den Bergarbeiterlöhnen erreicht wurde. Lloyd George erklärte, er müsse sich mit dem Kabinett beraten.

Uberschlaue Taktiker.

F. H. Auf dem ersten Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten im Mai 1921 in Weimar vertraten etwa 5 oder 6 Kommunisten die Moskauer Gewerkschaftsauffassung. Das war eine sehr geringe Zahl unter den 126 Delegierten und für die kommunistische Agitation charakteristisch. Die Kommunisten hatten es doch gerade nötig, sich recht sehr um eine Vertretung auf dem Verbandstag zu bemühen. Denn der Vorstand und Beirat des Zentralverbandes der Angestellten hatten einen Beschluß gefaßt, daß Mitglieder, die sich zu den Grundzügen der 3. Internationale bekennen, keinerlei, auch nicht die geringsten Funktionen ausüben dürfen. Diesem Beschluß ist zuerst auch der Verbandstag beigetreten. Es ist aber später gelungen, diesen Beschluß anzufechten und einen andern dafür durchzusetzen, der einstimmig angenommen und in welchem die selbstverständliche Forderung aufgestellt wurde, daß sich die Mitglieder, die einen Beamten- oder Funktionärposten innehaben, an die Beschlüsse und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des KAbundes halten müssen, ebenso den internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam als internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften anzuerkennen haben. Jedoch fordert der Beschluß von diesen Funktionären weiter, daß sie die Moskauer Internationale bekämpfen müssen.

Merkwürdigerweise haben diesem Beschluß auch die kommunistischen Delegierten des Verbandstages zugestimmt. Diese Tatsache hat die Mißbilligung des „Kommunistischen Gewerkschafters“ gefunden, der in seiner Nummer 23 vom 18. Juni sich lebhaft mit den Delegierten der KAPD auseinandersetzt. Da nun aber einmal die Funktionäre des Zentralverbandes der Angestellten in Zukunft die Dritte Internationale bekämpfen müssen, so rät ihnen der kommunistische Gewerkschafter, wenigstens so zu tun, als wenn sie es täten. Wenn, sagt er, die Zentralverbandsbureaucratie einen Revers in dem geschriebenen Sinne von den kommunistischen Funktionären verlangen sollte, daß sie auf dem Boden des Beschlusses stehen, sollen sie diese Unterschrift um keinen Preis verweigern, und es heißt wirklich weiter:

Warum auch nicht? Während des Krieges hat mancher Genosse unter dem Zwange der Machtverhältnisse dem König den Fahneabend geleistet, was ihn nicht abhielt, am andern Tag revolutionäre Flugblätter zu verteilen. Ebenso haben sich die Sozialdemokraten durch das Erfurter Programm, das bekanntlich die Republik fordert, nicht von der Bekämpfung des monarchistischen Treueides abhalten lassen. Wir wären Eitel, wenn wir um einer Formfrage willen einen Posten preisgeben würden, auf dem wir mit Erfolg für die proletarische Revolution wirken können.

Ja, sie sind wirklich Eitel, dafür habe ich sie immer eingeschätzt. Welch eine unglaubliche Torheit ist es, den Fahneabend und monarchistischen Treueid mit der Unterschrift unter dem geforderten Revers in irgendeinen Vergleich zu setzen. Schließlich ist doch die Zugehörigkeit zu einer freiwilligen Organisation etwas anders zu bewerten, wie eine Staatsangehörigkeit. Als Staatsangehöriger mußte man sich damals auch den widerlichsten Gesetzen unterwerfen, um sein Selbst zu erhalten. Ein Gesinnungslump sondergleichen aber ist der, der in einer freiwilligen Organisation ein unterschriftliches Bekenntnis gibt, das er von vornherein nicht gewillt ist zu halten. * Wie kann der kommunistische Gewerkschafter nur glauben, daß nach diesem ein Mensch von einem Kommunisten die Unterschrift unter dem Revers ernst nehmen wird. Wenn er so überschlaue ist und glaubt, damit dem Vorstände des Zentralverbandes der Angestellten ein Schulppchen schlagen zu können, so hat er ihn doch ein wenig zu niedrig eingeschätzt. Was würde mit einem solchen Revers wirklich erreicht werden? Das derjenige, der ihn unterschreibt, von jeder Propaganda für die Dritte Internationale zurückzusehen muß. Es sei denn, daß er sich so illegal betätigt, daß die übrigen Verbandskollegen nichts davon merken.

Der kommunistische Gewerkschafter sowohl als auch die rote Fahne hiedern sich nun an jene USPD-Leute an, die auf dem Weimarer Verbandstag nicht mit der Taktik des Verbandsvorstandes in der Kommunistenfrage einverstanden waren, und nennen diese Minderheit großzügig Opposition.

Es hat einmal eine Opposition in dem Zentralverband der Angestellten gegeben, die vor allem im Bezirk Berlin groß war. Durch die Tätigkeit der Kommunisten, durch ihre „zielklare Taktik“, durch ihre Spaltungstheorie ist es ihnen gelungen, diese Opposition vollkommen tot zu machen. Sie haben jenen Leuten in die Hände gearbeitet, die die freie Regung in den Gewerkschaften von jeher verbannten, indem sie — die Kommunisten — den

* Diese sauberen Methoden entsprechen aber durchaus der von Lenin selbst gegebenen Anweisung, nach der die Kommunisten, wenn es nötig erscheint, „List, Schlaueit, illegale Methoden, Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit“ anzuwenden haben, um in den Gewerkschaften ihre „kommunistische Arbeit“ durchzuführen. — Redaktion der L. B.